

Reto Michel  
Oberfeld 2  
6102 Malers

Verwaltungsgericht  
Obergrundstrasse 46  
6002 Luzern

Malers, den 13.5.2013

**betrifft : Prüfung des Beschwerde-Entscheids**

An das Verwaltungsgericht

Ich beantrage die rechtsgültige, verwaltungsrechtliche Prüfung betreffend den Beschwerdeentscheid, ausgeführt durch die drei Obergerichter Marius Wiegandt (MW), Peter Schumacher (PS) und Hans Küher (HK).

Sachlage : Ich habe eine Beschwerde am 28.7.12 (Begründung für amtlichen Verteidiger-Wechsel gemäss StPO) beim OG eingereicht. Ich habe erst heute (13.5.13) vernommen, dass meine Beschwerde am 9.11.2013 (13 ???) abgelehnt wurde (vgl.B1) :

‘...Ihre Beschwerde wurde mit Beschluss vom 9.November 2013 mit **Nichteintreten** erledigt ...‘ (2013 : ein Fehler oder bewusste Absicht ?)

- Ich habe meine Beschwerde persönlich eingereicht und habe das Recht, direkt (via Nachnahme) vom OG über den Beschluss informiert zu werden. Dies geschah nicht, sodass ich nicht rechtzeitig rechtliche Schritte gegen den Entscheid unternehmen konnte ...

- Es wurden 2 Stellungnahmen (Pflichtverteidiger und Gaby Svalduz) gegen mich angefordert. Ich forderte das uneingeschränkte Recht zur Antwortmöglichkeit, was mir nachweislich (schriftlich) verwehrt wurde. Worauf ich wieder mein uneingeschränktes Recht zu meiner Stellungnahme einforderte. Danach hörte ich nichts mehr...

Das Recht für die uneingeschränkte Stellungnahme steht mir als Grundrecht zu. Der Rechtsentscheid von Richtern darf im Sinne der Neutralitätspflicht erst erfolgen, nachdem beide Parteien ‘angehört‘ wurden. Dies war nicht der Fall.

Dies sind die beiden **Hauptgründe** für meine Ablehnung des verfügten Rechtsentscheids.

Weitere Gründe ergeben sich aus meiner Beschwerde, enthaltend eine Anzeige gegen Peter Studer, dem Vorsitzenden der Hauptverhandlung, wegen Lüge und perversen Rechtsverbrechen begangen an mir und dem korrupten, parteiischen, rechtsverletzenden Verhalten von MW, PS und HK (siehe B2). - Dies sind sicher mitbestimmende Gründe für den Beschluss des Nichteintretens.

Ich beantrage die rechtsgültige, verwaltungsrechtliche Untersuchung und meine mündliche Anhörung zu weiteren Stellungnahmen.

Ich verlange von Ihnen die Bestätigung meiner Anzeige.

Alles weitere Unterlagen-Material finden Sie beim Obergericht - in meinem Aktendossier verfügbar.

- Der Bericht wird veröffentlicht
- Die Informierung des Kantonsrates/Kontrollkommission wird erfolgen
- Nächste Instanz Bundesverwaltungsgericht

Reto Michel

- Rechtsgültiger Beweis für das absenden des Briefes vorhanden